

Erste Erfolge bei der Aufarbeitung der Berufsverbote:

Langsam geht's voran!

Vor einem Jahr, am 10. Dezember 2014 – dem Tag der Menschenrechte – demonstrierten Betroffene der Berufsverbotepolitik – des „Radikalenerlasses“ vom 27.1.1972 – vor dem Landtag von Baden-Württemberg. Sie forderten die politische Aufarbeitung dieser Politik und Rehabilitierung der Opfer (siehe AN 14/4) Inzwischen hat sich einiges getan.

Foto: DL

In Baden-Württemberg unter CDU-Ministerpräsidenten war eine besonders harte Gangart der Berufsverbotepolitik der 70er und 80er Jahre gefahren worden. Hier gab es – in Verantwortung des Landes - flächendeckende Ausbildungsverbote, wiederholtes Vorgehen gegen Tarifbeschäftigte, den Rachefeldzug von Kultusministern gegen einen als Kabarettist tätigen sozialdemokratischen Lehrer. Wer die geleistete Unterschrift unter die vorgelegte „Belehrung und Erklärung“ als „Erpressung“ bezeichnete, wurde allein schon deshalb nicht eingestellt. Schließlich gab es 2003-2007 - als alle dachten, es sei längst vorbei -den „Nachklapp“ der Verfolgung des Heidelberger Antifaschisten Michael Csaszκόczy. In Baden-Württemberg spielten in den 1980er Jahren auch einige besonders krasse „Bundesfälle wie die Entlassung des damals bei der Bundespost tätigen Technischen Fernmeldehauptsekretärs Hans Peter. Für ihn musste 1990 Alfred Hausser die Grabrede halten. Hans Peter war in der Verantwortung des SPD-Postministers Kurt Gscheidle (1924-2003) im Kabinett



von Helmut Schmidt (1918-2015) buchstäblich zur Strecke gebracht worden. Er war mit dem Minister noch per Du gewesen aus der Zeit, als dieser bei der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Stuttgart zu arbeiten begann, zu deren stellvertretendem Bundesvorsitzenden er später auf-

stieg. Aufarbeitungsbedarf besteht also auf verschiedenen Ebenen und durchaus auch in der Gewerkschaftsbewegung. Was hat sich getan? Beginnen wir mit dem Erfreulichsten.

Grundsatzbeschlüsse bei ver.di und IG Metall

Nach der GEW, die das schon 2012 tat - und dabei auch für unsolidarisches Verhalten in den eigenen Reihen bei den Betroffenen entschuldigte -, haben sich auch die beiden größten Gewerkschaften klar positioniert. In ver.di sind 2001 die DPG und ÖTV aufgegangen. Die ver.di-Landesdelegiertenkonferenz in Ulm am 21.03.2015 forderte einstimmig die Beseitigung aller „Extremisten“klauseln bzw. entsprechenden Bezüge aus entsprechenden Tarifverträgen. „Personalräte sollen sich dafür einsetzen, dass auch Ausführungsbestimmungen zum Beamtenstatusgesetz keine solchen Bestimmungen enthalten.“ Gefordert wird die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene, die sich „mit den gesellschafts-



Berufsverbotedemo vor dem Stuttgarter Mahnmahl für die Opfer des Faschismus 1975(?) In KZ-Uniform die Nazi-Verfolgten Hartmann, Schwenker, Rieckert, Gasparitsch

Foto: Archiv der

Berufsverbot konkret:**Es gibt die Meinung, ...**

- ... „Berufsverbot“ sei nur ein **politischer Kampfbegriff**. Ich habe schriftlich und von drei Instanzen des Verwaltungsgerichts, rechtskräftig, dass es gar nicht nötig sei, mich zum Referendariat zuzulassen, denn ich dürfte in Baden-Württemberg sowieso nicht Lehrer werden. Weder an öffentlichen noch an privaten Schulen. ...
- ... der „Radikalenerlass“ habe **nur Beamte betroffen**. Ich wurde 1981 als Angestellter des Deutschen Instituts für Fernstudien gekündigt, das den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes anwandte. Dass diese Kündigung nicht klappte, hatte auch damit zu tun, dass die damalige SPD auf Bundesebene den Angestelltenstatus als vermeintlichen Ausweg für die Bahn- und Postbeamten darstellte, während die baden-württembergische Landesregierung ihnen unbedingt demonstrieren wollte, wir schmeißen alle Kommunisten und wen wir dafür halten aus dem öffentlichen Dienst raus, nicht nur Beamte. Und an diesem Institut hatte damals der Bund mitzureden.
- ... **irgendwelche Kampagnen der NPD seien hier einschlägig**. Dass Nazis sich auch auf das EU-Recht und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz berufen, wundert mich nicht. Das Oberschulamt Stuttgart und die Richter haben sich allerdings sehr gewundert, als ich sie an den Artikel 139 des Grundgesetzes erinnerte. Da steht drin, die Vorschriften zur Befreiung Deutschlands vom Nazismus und Militarismus gelten weiter. Weil das für mich so wichtig war, wurde mir bescheinigt, ich hätte ein „selektives Verfassungsverständnis“. Mir ist es wichtig, weil meine Eltern Naziverfolgte waren. ...

Aus der persönlichen Erklärung von Lothar Letsche beim „Runden Tisch“ mit GRÜNE- und SPD-Landtagsabgeordneten am 19.06.2015

kungen des ‚Radikalenerlasses‘ befasst.“ Und „ver.di setzt sich für eine umfassende Rehabilitation und Entschädigung der Betroffenen der Be-

rufsverbote ein.“ Weil Tarifkommissionen autonom sind (und eine Arbeitsgruppe Geld kostet), konnte diese Position vom ver.di-Gewerkschaftstag am 24.09.2015 in Leipzig nur einstimmig an den Bundesvorstand überwiesen werden.

Der **IG Metall**-Gewerkschaftstag vom 18.-24.10.2015 in Frankfurt forderte einstimmig, „*dass in allen Bundesländern umgehend sämtliche Erlasse und Regelungen aufgehoben werden, die im Zusammenhang mit dem ‚Radikalenerlass‘ erlassen wurden. Gegenüber den von Berufsverbot Betroffenen ist eine entsprechende Entschädigung vorzunehmen. Sie sind umfassend zu rehabilitieren und gegebenenfalls zu entschädigen. Der Vorstand wird aufgefordert, entsprechende Initiativen des DGB in den Bundesländern und Bundesbehörden zu unterstützen.*“ Genau das wollen auch die Betroffenen.

Langsam tauchen Akten auf ...

Kann man das Thema überhaupt noch aufarbeiten? Wo sind Unterlagen? Die Betroffenen selbst besitzen natürlich ihre eigenen Dossiers und Ordner. Durch Nachfragen und journalistische Recherchen nach der Vergangenheit des Ministerpräsidenten wurde bekannt, dass in staatlichen

Archiven und auch in Ministerien umfangreiche Aktenbestände lagern. 2000 Dossiers von „Überprüfungen“ – sechs Regalmeter – aus dem Innenministerium befinden sich im Keller des Hauptstaatsarchiv.

„Runder Tisch“ des Landtags

Auf die Stuttgarter Kundgebung vor dem Landtag reagierte zunächst die Fraktion der GRÜNEN mit einem Vorstoß zu einem „Runden Tisch“ mit Betroffenen. Die SPD schloss sich an. 13 Betroffene konnten am 19. Juni 2015 vor drei Landtagsabgeordneten ihre „Fälle“ darstellen. Mit einem Vertreter der FDP-Landtagsfraktion wurde ein gesondertes Gespräch geführt. Dies und die schriftlich eingereichten Schilderungen dokumentierten die gesamte Bandbreite der Bespitzelung, Verdächtigung, Diskriminierung und beruflichen Existenzvernichtung, wie sie damals in der Verantwortung des Landes praktiziert wurde.

Die Betroffenen machten allerdings auch deutlich: Eine wissenschaftliche Aufarbeitung ist sinnvoll und wünschenswert. Gefordert ist trotzdem politisches Handeln der Landesregierung und des Landtags – nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern heute und jetzt. Für eine Entschädigung der Betroffenen – in begründeten Einzelfällen – in Form eines Fonds liegt ein Vorschlag des DGB Niedersachsen vor, den man sich zu eigen machen kann.

Wird das noch in dieser Legislaturperiode in Gang kommen? Das wollen



Lothar Letsche übergibt dem Ministerpräsidenten eine Anti-Duckmaus

Foto: www.Berufsverbote.de



nicht nur die Betroffenen, das war auch die Aussage der Landtagsfraktionen bei einem zweiten (kleineren) „Rundtischgespräch“ am 28.10.2015. Was daraus wird, wie es genau weitergeht, war bei Redaktionsschluss noch unklar.

Die Rolle des Ministerpräsidenten

Dass die Zeit jetzt knapp wird – bald ist ja Landtagswahl -, dürfte zu einem nicht geringen Teil an Ministerpräsident Winfried Kretschmann liegen. Wegen „K-Gruppen“-Kandidaturen als ASTA-Vorsitzender der Uni Hohenheim 1975 zunächst von Ausbildungsverbot bedroht, hatte er sein Referendariat absolvieren können, um dann 1977 doch nicht in den Schuldienst übernommen zu werden. 1978 gelang ihm das erst, nachdem er die gewünschten Distanzierungen abgelegt und namhafte Fürsprecher gefunden hatte. Schon kurz nach seinem Amtsantritt – im August 2011 – hatte erstmals der seinerzeit an der Uni Konstanz selbst betroffene Schriftsteller Jochen Kelter den neuen Ministerpräsidenten gebeten, in dieser Frage aktiv zu werden. Weil nichts geschah – der Petitionsausschuss des Landtags 2013 selbst hinter Willy Brandts „Irrtums“-Erkenntnis zurückfiel – war die Kundgebung der Betroffenen am 10. Dezember 2014 nötig geworden.

Parallel zur Ankündigung des „Runden Tisches“ im März 2015 meldete Winfried Kretschmann sich medienwirksam zu Wort, unter anderem ganzseitig in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Er habe damals „zu eng ge-

Ausstellung:

Vergessene“ Geschichte - Berufsverbote, Politische Verfolgung in der BRD

Die Niedersächsische Initiative gegen die Berufsverbote hat die Ausstellung erstellt. Sie wird zur Zeit beim ver.di-Bildungswerk in Hannover gezeigt und steht in zwei Exemplaren zur Verfügung, die von interessierten örtlichen Trägern bestellt werden können. Unter anderen soll sie vom 12. April bis 9. Mai 2016 in Stuttgart-Sillenbuch im Waldheim „Clara Zetkin“ gezeigt werden.

Die Ausstellung besteht aus 20 Tafeln im Format 77,8 x 110 cm. Sie sind in einer Begleitbroschüre dokumentiert, die gesondert bestellt werden kann (€ 3 im Buchhandel ISBN: 978-3-930726-25-7). Für Baden-Württemberg werden Zusatztafeln erarbeitet. Benötigt werden ein bis zwei größere Räume, um die Tafeln zu präsentieren. Der Versand erfolgt über eine Spedition und kostet ca. € 100,- bis € 150,-. Die Transportkosten müssen selbst getragen werden. Anfragen und Bestellungen bei Cornelia Booß-Ziegling (Booss-Ziegling@t-online.de) oder über www.berufsverbote.de.

Selbstverständlich können auch unsere Kreisvereinigungen örtlich (mit) die Initiative ergreifen, um diese Ausstellung in Gewerkschaftshäusern, Rathäusern, Hochschulen Volkshochschulen usw. zeigen zu können.

Stimmen zu der Ausstellung in Hannover:

- „Die Ausstellung ... soll vor allem Jüngeren deutlich machen, wie repressiv ein »Rechtsstaat« gegen linke Aktivisten vorgehen kann.“ (junge Welt)
- „In der Ausstellung wird das gesellschaftliche Klima der damaligen Zeit dargestellt, gleichzeitig aber auch auf die historischen Vorbilder und die Konsequenzen dieser Politik der Einschüchterung verwiesen.“ (unsere zeit)
- „Verdienstvoll, diese Ausstellung. Es war meine Studienzeit, es waren auch meine Ängste. Die Aufarbeitung ist überfällig.“ (Michael Hans Höntsch MdL, SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen)
- „Eine nicht nur visuell, sondern auch inhaltlich, mit historischen Bezügen hervorragend gelungene Ausstellung.“ „Der ‚Radikalenerlass‘ ist zwar aufgehoben, das Gedankengut ist aber noch präsent!“ (Meta Janssen-Kucz MdL, Landesvorsitzende von Bündnis90/GRÜNE in Niedersachsen)
- „Eine sehr informative und aufrüttelnde Ausstellung. Auch gut für Schüler/innen und Studierende geeignet.“ (Lea Arnold, DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt)

glaubt“, verlautbarte der „bekenkende Katholik“, und ließ (nicht zum ersten Mal) erkennen, nach seiner heutigen Meinung sei es ja eigentlich in Ordnung gewesen, dass man so jemand nicht in den Schuldienst gelassen habe. Auch wenn der Vergleich hinke, führte er in diesem Zusammenhang „die Barbaren vom IS“ an: Deren Tun sei „ohne totale Verblendung im Blick auf die eigene Religion“ gar nicht vorstellbar. „Es ist Herrn Kretschmann unbenommen, seine eigenen damaligen Anschauungen und Handlungen heute so zu bewerten“, konterten die Betroffenen in einer Presseerklärung. „Was er in seiner Studentenzeit wirklich geglaubt und warum er es vertreten hat, weiß nur er selbst. Doch er

argumentiert im Grund nicht anders, als schon 1978 die CDU kurz nach Filbinger im Landtag. Das hätten sie gerne gehabt: Was irgendwelche Sektoren vorgeblich vertraten, als Rechtfertigung für flächendeckende Bespitzelung und Berufsverbote gegen Demokraten.“ Und sie verwarnten sich dagegen, „wenn er den Tunnelblick seiner höchstpersönlichen Betroffenheit zum Maßstab der politischen Aufarbeitung der Berufsverbote machen will und die der Einschüchterung dienenden und existenzvernichtenden Aktivitäten des ‚Verfassungsschutzes‘ in zahllosen Fällen aus der Kritik nimmt.“

Lothar Letsche